

Antrag Nr. 11-F-33-0005

CDU/SPD

Betreff:

Vorgehen gegen Fluglärm

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.05.2011(ersetzt den Antrag an die StvV vom 05.05.2011 - 11-F-23-0001))

Antragstext:

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Entscheidung der Deutschen Flugsicherung vom 10. März 2011, die Route für den nördlichen Gegenanflug um 2,8 km von linksrheinischem auf rechtsrheinisches Gebiet zu verlegen, hat große Belastungen ausgelöst. Dadurch ist nunmehr nicht allein Biebrich betroffen, sondern die Bürgerinnen und Bürger aus Schierstein, Gräselberg und der gesamten südlichen Innenstadt sind eklatant höheren Belastungen ausgesetzt. Damit nicht genug, die anfliegenden Flugzeuge sind erheblich tiefer unterwegs als ursprünglich von der Deutschen Flugsicherung zugesagt (im Durchschnitt 1.200 m statt 2.400 m Flughöhe).

Inakzeptabel ist für die Stadtverordnetenversammlung zum Einen die Belastungswirkung, die von der Routenverlegung und der geringeren Flughöhe ausgeht. Zudem trägt die geringere Anflughöhe dazu bei, dass die Flugzeuge beim Start längere Zeit tiefer als notwendig fliegen. Inakzeptabel ist zum Anderen auch das Agieren der Deutschen Flugsicherung, welche die zuständigen Gremien und die Landeshauptstadt Wiesbaden über die Veränderung der Flugrouten erst zum beinahe denkbar knappsten Zeitpunkt informiert hat.

Der Magistrat wird daher in seinem Bemühen unterstützt, kurzfristig neben der bereits laufenden Klage für das Einhalten des Mediationsergebnisses dafür zu sorgen, dass zumindest die Flughöhe von 2.400 m eingehalten wird und die zusätzlichen Belastungen für die Wiesbadener Bevölkerung so weit als möglich gemindert werden.

Der Magistrat wird aufgefordert, von der Behandlung des Themas in der Sitzung der Fluglärmkommission am 25. Mai 2011 zu berichten. Er wird gebeten, Möglichkeiten für eine weitere Klage gegen die Verlagerung der Flugroute zu eruieren und den städtischen Gremien gegenüber umgehend und unabhängig vor der Sommerpause zu berichten. Der Magistrat wird außerdem aufgefordert, sich in den zuständigen Gremien für eine Veränderung des Anflugverfahrens (z. B. wie das am Flughafen London Heathrow praktizierte Verfahren mit höheren Warteschleifen und kontinuierlichem Sinkflug bis zur Landung statt des in Frankfurt praktizierten Verfahrens mit langen Horizontalflügen auf niedriger Höhe) einzusetzen.

Wiesbaden, 25.05.2011

Marion Schiefer Umweltpolitische Sprecherin (CDU-Fraktion)	Dennis Volk-Borowski Umweltpolitischer Sprecher (SPD-Fraktion)